

Grüne Taxonomie: Freut Euch nicht zu früh

geschrieben von Admin | 9. Februar 2022

Die Kernenergie behält in der EU die Rolle des Aschenputtels – Gaskraftwerke sind technisch nicht realisierbar

Edgar L. Gärtner

Am 2. Februar wurde die ab 1. Januar 2022 geltende EU-Verordnung 2020/852, bekanntgeworden als Taxonomie als „grün“ klassifizierter Energiequellen, nach langem Tauziehen zwischen zwei Gruppen von EU-Mitgliedsstaaten endlich verabschiedet. Wichtigster Streitpunkt war bekanntlich die Frage, ob auch die Kernenergie als nachweislich „saubere“, das heißt aus EU-Sicht kohlenstoffarme Energie sich mit dem grünen Label schmücken darf. Dieses soll dazu dienen, im Rahmen des „Green Deal“ der EU Investitionen anzulocken. Wie erwartet, kam der stärkste Widerstand gegen die von Frankreich im Verein mit einigen ost- und nordeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten eingebrachte Forderung von Deutschland, Österreich und Luxemburg sowie auch Italien und Spanien, wo der „Atomausstieg“ seit längerem als unabänderliche „Beschlusslage“ gilt. Da Deutschland aber wegen des inzwischen ebenfalls beschlossenen „Kohleausstiegs“ auf Gaskraftwerke als Backup für die unsteten „Erneuerbaren“ angewiesen sein wird, drängte Berlin darauf, diese ebenfalls für eine Übergangszeit als „grün“ anzuerkennen, obwohl diese bis auf weiteres das Kriterium maximal 100 Gramm CO₂ je erzeugter Kilowattstunde nicht erfüllen können.

So entstand der nun erzielte Kompromiss. Diesen als Sieg der Vernunft in der Energiepolitik zu feiern, wäre allerdings verfrüht. Vor allem Samuel Furfari, ein inzwischen pensionierter leitender Beamter der EU-Generaldirektion Energie, warnt Freunde der Kernenergie davor, sich zu früh zu freuen. Das EU-Parlament könnte den Kompromiss mit einfacher Mehrheit ablehnen, was allerdings als wenig wahrscheinlich gilt. Etwas höher ist die Hürde im Europäischen Rat, wo eine qualifizierte Mehrheit von 20 Mitgliedsstaaten für die Ablehnung des Kompromisses erforderlich ist. Ohnehin gilt der Kompromiss nur für eine Übergangszeit: Für Kernkraftwerke, deren Baugenehmigung vor 2045 erteilt wurde, und für Kernkraftwerke, die vor 2040 für eine Laufzeitverlängerung ertüchtigt wurden. Gaskraftwerke, deren Bau vor dem 31. Dezember 2030 genehmigt wurde, dürfen statt 100 Gramm 270 Gramm CO₂ je Kilowattstunde ausstoßen, sofern sie Kohlekraftwerke oder andere Anlagen mit höherem CO₂-Ausstoß ersetzen. Die fortgeschrittensten Gaskraftwerke schaffen bislang aber nur 340g/kWh. Überdies hat die EU-Wettbewerbs-Kommissarin Margrethe Vestager noch vor Weihnachten 2021 mithilfe einer Richtlinie dafür gesorgt, dass die Mitgliedsstaaten nur nicht wettbewerbsfähige „Erneuerbare“ (Wind und Solar) subventionieren dürfen. So bleibt es

dabei, dass die EU-Kommission letztlich allein entscheidet, wohin die energiepolitische Reise geht.

Das aber widerspricht dem Artikel 194.2 des Lissabon-Vertrags, der auf Druck des damaligen französischen Staatspräsidenten François Mitterand eingefügt wurde, um den französischen Alleingang in Sachen Kernenergie verfassungsrechtlich abzusichern. Nach diesem Artikel darf die EU-Kommission den Mitgliedsstaaten nicht vorschreiben, mit welchem Mix sie ihren Energiebedarf decken. Die Franzosen können sich bei ihrer Förderung der Kernenergie immerhin auf den Euratom-Vertrag von 1957 berufen, der als einer der Gründungsverträge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und damit auch der Europäischen Union gilt. Dahinter stand bekanntlich die Vision, durch die Bereitstellung von möglichst billiger Energie im Überfluss Wachstum und Wohlstand für alle zu ermöglichen.

Es war der damalige Präsident der Europäischen Kommission, der französische Sozialist Jacques Delors, der anregte, in die Verträge von Maastricht über die Schaffung eines einheitlichen EU-Binnenmarktes (1992) auch die Elektrizität einzubeziehen, obwohl deren Erzeugung in großen Kraftwerken eher die Anerkennung natürlicher Monopole verlangt. Was als „Liberalisierung“ des europäischen Strommarktes angekündigt wurde, beschränkte sich aber in Wirklichkeit auf eine Öffnung des Marktes für neue Anbieter, die oft gar nicht über eigene Erzeugungskapazitäten verfügen, sondern das Angebot der alten Platzhirsche (früher überwiegend in Staatskonzerne oder Firmen im Kommunaleigentum) lediglich parasitieren. Darüber beklagen sich heute vor allem die Franzosen. Deren ehemaliges Staatsmonopol Électricité de France (EdF), dessen Aktien sich heute noch zu 84 Prozent in den Händen des französischen Staates befinden, hat den derzeit größten Nuklearpark der Welt nicht mithilfe staatlicher Subventionen, sondern mithilfe über den (moderaten) Strompreis erwirtschafteter Eigenmittel und internationaler Anleihen aus eigener Kraft aufgebaut. Das ging so weit, dass der französische Staat, der nach den verlorenen Indochina-, Suez- und Algerienkriegen nicht weit von der Pleite war, zeitweilig die bessere Bonität von EdF als Garantie nutzte, um sich am internationalen Kapitalmarkt bedienen zu können. Der Wachstumsschub nach dem Ende der Revolte von Mai 1968, der fast bis zum Ende des 20. Jahrhunderts reichte und in der französischen Wirtschaftspublizistik noch heute als die „Trente Glorieuses“ (die 30 herrlichen Jahre) bejubelt wird, wurde zum großen Teil auf Pump finanziert, worin ein Grund für die heutige hohe Verschuldung des französischen Staates liegt.

EdF muss heute nicht nur die flächendeckende Stromversorgung zu staatlich kontrollierten niedrigen Preisen sicherstellen, sondern auch entsprechend angeblich marktwirtschaftlicher Vorgaben der Brüsseler Bürokratie einen Teil seiner mithilfe der Kernkraft immer noch preisgünstig erzeugten Elektrizität zu Spottpreisen (€ 46,3 je MWh) an Konkurrenten abgeben, die selbst keinen Strom produzieren. Dadurch verringern sich selbstverständlich seine Möglichkeiten, die in

Frankreich beschlossene Renaissance der Kernkraft aus Eigenmitteln zu finanzieren. Ob und inwieweit EdF das fehlende Kapital auf den internationalen Kapitalmärkten auftreiben kann, hängt davon ab, wie sich die Mastodonten der globalen Finanzindustrie dazu stellen. Angefangen mit BlackRock, der größten Investment-Gesellschaft der Welt, die über 10 Billionen US-Dollar Anleger-Vermögen verwaltet. BlackRock bekennt sich wie seine wichtigsten Wettbewerber zu einer „grünen“ Agenda und versucht auch den Firmen, denen er mit Kapitalspritzen beispringt, eine solche aufzudrücken. Beim Ölkonzern ExxonMobile setzte BlackRock zum Beispiel die Besetzung von gleich drei Verwaltungsratssitzen mit ihm genehmen Managern durch. Man sollte nicht vergessen, dass es die großen Finanzgesellschaften waren, die die „Klimapolitik“ gegen Ende der 1980er Jahre in New York aus der Taufe gehoben haben, denn sobald CO2 zur Hauptursache des Klimawandels erklärt worden ist, erscheinen die Renditeaussichten von „nachhaltigen“ Investitionen exakt berechenbar. Bislang hat sich BlackRock gegenüber der Kernenergie eher flexibel gezeigt. In Deutschland spricht sich BlackRock den Anlegern gegenüber im Rahmen des „Green and Sustainable Finance Cluster Germany“ gegen Investitionen in Kern- und Gaskraftwerke aus. Im Nachbarland Frankreich schließt er das nicht aus. Staatspräsident Emmanuel Macron hat wohl als Ex-Investment-Banker mit Vertretern der Finanzindustrie geredet, bevor er die Renaissance der Kernenergie verkündete. Da die führenden Fonds-Anbieter aber eng mit „grünen“ NGOs wie „Fridays for Future“ u.a. zusammenarbeiten, kann sich das rasch ändern. Wetter- und damit zufallsabhängige „Erneuerbare“, die sich wegen der Notwendigkeit zahlreicher zusätzlicher Investitionen in Backup- und Speichereinrichtungen als Fass ohne Boden erweisen, sind für die Manager der Finanzindustrie vermutlich attraktiver als wirklich nachhaltige Investitionen in Kernkraftwerke, die anfangs Milliardenbeträge erfordern, dann aber 60 Jahre lang rund um die Uhr zuverlässig Strom liefern.

Chinas Großer Sprung nach vorn bzgl. Kernkraft

geschrieben von Chris Frey | 9. Februar 2022

Heartland Institute

China übernimmt die Führung bei neuen Kernenergietechnologien und lässt die Vereinigten Staaten und andere Länder hinter sich, während es gleichzeitig seine Führungsrolle beim Klimaschutz ausbaut.

Wie Reuters berichtet, hat die staatliche China National Nuclear

Corporation (CNNC) in der östlichen Küstenprovinz Shandong das erste kommerziell aktive gasgekühlte Hochtemperatur-Kernkraftwerk mit Kugelhaufenreaktor (PBR) in Betrieb genommen.

Die CNNC hat den 200-Megawatt-Reaktor Shidaowan Mitte Januar an das Netz angeschlossen. Ein zweiter Block befindet sich im Bau.

„Bei der PBR-Technologie besteht der Reaktorkern aus Graphitkugeln, die speziell entwickelte Brennstoffpartikel enthalten“, erklärt Reuters. „Die Konstruktion ermöglicht den sicheren Betrieb von Reaktoren bei höheren Temperaturen, sagte CNNC und bezeichnete sie als ‚den Reaktor, der nicht schmilzt‘.“

Der Reaktor, der zu 93,4 Prozent aus einheimischen Quellen stammt, ist einer von sechs, die CNNC in den nächsten zehn Jahren bauen will.

Neben der Einführung des ersten PBR in den kommerziellen Betrieb hat China in Shandong auch ein neues, mit Kernkraft betriebenes Heizungskonzept errichtet. Bei diesem Projekt wird der unter hohem Druck stehende Restdampf aus dem Kernkraftwerk als Wärmequelle genutzt, und nach einem mehrstufigen Wärmeaustausch im Kraftwerk wird die Wärme über das städtische Heizungsleitungsnetz an die Haushalte abgegeben.

Nach Angaben der Global Times behauptet China, dass dieses Kraft-Wärme-Kopplungsprojekt zusammen mit ähnlichen Projekten, die im ganzen Land entwickelt werden, die Nutzungseffizienz von Kraftwerken verbessern und dem Land helfen wird, seine strategischen Ziele „Kohlenstoffspitze und Kohlenstoffneutralität“ zu erreichen. Das jüngste Projekt zur Kraft-Wärme-Kopplung ersetzte 12 lokale kohlebefeuerte Wasserkessel und versorgt 200.000 Einwohner in Haiyang mit kohlendioxidfreier Wärme. China behauptet, dass Shandong damit die erste „kohlenstofffreie“ Heizungsstadt in China ist.

Quellen: [Reuters](#), [Global Times](#)

Link:

<https://heartlanddailynews.com/2022/02/climate-change-weekly-424-biden-climate-energy-policies-costs-high-and-rising/>, darin der zweite Beitrag

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Wie „Klima-Maßnahmen“ Menschen töten

und nicht retten

geschrieben von Chris Frey | 9. Februar 2022

Vijay Jayaraj

Viele haben schon von der Befürwortung von Insektennahrung zur Bekämpfung des Klimawandels gehört. Und von veganem Laborfleisch, das als umweltfreundlicher Ersatz für tierisches Eiweiß angepriesen wird. Aber die Menschen aufzufordern, ihre Heizung abzuschalten, und zu erwarten, dass sie die Kälte des Winters überleben? Das ist eine ganz neue Stufe der Absurdität, die Leben gefährdet.

Da die Haushalte mit unerschwinglich hohen Energierechnungen rechnen müssen, schlug ein britischer Energieversorger vor, dass die Menschen ihre Haustiere kuscheln sollten, um warm zu bleiben. Die Aussage löste Empörung aus, und es wurde eine Entschuldigung veröffentlicht. Der offensichtliche Mangel an Mitgefühl für das Wohlergehen der Menschen spiegelt jedoch einen beunruhigenden Zustand der Klimakultur wider, welche derzeit die Welt vergiftet.

Die Klimakreuzritter, die zu persönlichen Opfern aufrufen, um den Planeten zu retten, scheinen die unmittelbaren Gefahren, die viele ihrer „Lösungen“ für das reale Leben – manchmal für Milliarden von Menschen – darstellen, nicht zu kennen, insbesondere in den Entwicklungsländern, in denen die Menschen von anhaltender Armut betroffen sind. Klimadiplomatie und grüne Politik verursachen dort, wo das Wirtschaftswachstum und das tägliche Leben durch den eingeschränkten Zugang zu erschwinglicher Energie bedroht sind, bereits jetzt verheerende Folgen.

In China zum Beispiel mussten die Menschen frieren, weil die restriktive Kohlepolitik des Landes zu einer Energiekrise führte, die den Bürgern nur noch begrenzte Heizmöglichkeiten ließ. Letztes Jahr kam es in mehr als einem Dutzend Provinzen zu beispiellosen Stromausfällen aufgrund von Kohleknappheit – eine Situation, die hätte vermieden werden können, wenn Peking sich nicht mit einer grünen Agenda ablenken würde. Industrien wurden geschlossen, und Menschen wurden in die Arbeitslosigkeit gezwungen.

Nicht weit von Peking entfernt liegt Indien, wo die 300 Millionen Ärmsten des Landes bereits jede Form von Energiemangel erfahren haben. Sie haben keinen Zugang zu unterbrechungsfreiem Strom und verwenden unsaubere Brennstoffe zum Kochen, die Millionen von Menschen dem Risiko eines frühen Todes aussetzen. Jüngste [Studien](#) haben gezeigt, dass sogar einige Stadtbewohner keinen Zugang zu sauberem Kochbrennstoff haben, eine Realität, die ich in meiner Nachbarschaft in Südindien erlebe. Die Verwendung unsauberer Brennstoffe ist immer noch die größte Quelle der Luftverschmutzung in Innenräumen.

Die afrikanischen Länder südlich der Sahara haben eine der schlechtesten Elektrifizierungsraten: 2021 werden [597 Millionen Menschen](#) keinen Zugang zu Elektrizität haben. Rund 850 Millionen Afrikaner haben immer noch keinen sauberen Brennstoff zum Kochen.

Der Energiewissenschaftler Iain Esau [weist](#) darauf hin, dass die geschätzte Zahl von 60.000 Todesopfern durch Covid-19 in Afrika nur 12 % der Todesfälle durch Innenraumverschmutzung ausmacht. Die Augen vor einem Problem zu verschließen, das größer ist als COVID-19, ist purer Wahnsinn. Ob es den Klimaeliten nun gefällt oder nicht, fossile Brennstoffe würden diesem Killer der Ärmsten der Welt sofortige Linderung verschaffen.

Und es sind nicht nur die Armen, die betroffen sind. Auch Familien mit mittlerem Einkommen und kleine Industrieunternehmen, die sich keinen Notstromgenerator leisten können, leiden unter den Folgen der instabilen Stromversorgung. In dem Mehrfamilienhaus, in dem ich wohne, sind die Menschen bewegungsunfähig, wenn die Aufzüge nicht funktionieren. Dies stört das tägliche Leben erheblich und ist besonders für ältere Menschen schwierig, wenn diese keine Treppen mehr bewältigen können.

Der Verlust produktiver Stunden ist für Menschen, die von zu Hause aus arbeiten, keine Seltenheit, so auch für mich, während ich diese Zeilen mitten in einem Stromausfall tippe. Noch schlimmer sind Stromausfälle nach Sonnenuntergang, die buchstäblich das ganze Leben zum Stillstand bringen. Die wertvollen späten Abendstunden gehen durch die Dunkelheit verloren, gefolgt von einer schwierigen Nachtruhe ohne Klimaanlage oder Ventilator bei 40 Grad Hitze.

Die Situation wird sich weiter verschlimmern, wenn die Entwicklungsländer ihre bestehende, auf fossilen Brennstoffen basierende Energiesicherheit aufgeben und sich auf eine irrationale grüne Politik einlassen.

Nicht einmal die entwickelten westlichen Volkswirtschaften sind vor den Auswirkungen unrealistischer grüner Energieprogramme gefeit. Zahlreiche Länder – darunter Großbritannien, Deutschland und die USA – erlebten in den letzten Jahren einen beispiellosen Anstieg der Energiepreise und eine Verknappung der Brennstoffe – die Folgen der ablehnenden Haltung der offiziellen Stellen gegenüber fossilen Brennstoffen.

Darüber hinaus hat die Geopolitik in den letzten Wochen die negativen Folgen einer schlechten Energiepolitik noch verschärft. Einige Experten haben einen [Anstieg](#) der Energiepreise für Privathaushalte in Teilen Europas um bis zu 30% vorausgesagt. Der britische Evening Standard [berichtete](#), es sei wahrscheinlich, „dass mehr als ein Drittel der Familien mit Kindern zu Hause andere Ausgaben wie Lebensmittel und Luxusgüter einschränken werden, wenn ihre Energierechnungen deutlich steigen.“ Den Haushalten in Deutschland wurde [mitgeteilt](#), dass ihre Gasrechnungen im Jahr 2022 drastisch steigen werden. Hätte Europa nicht

den grünen Weg eingeschlagen, wäre es weniger abhängig von Energieimporten und besser in der Lage, [Energieengpässe](#) aufgrund politischer Instabilität aufzufangen.

In der Dritten Welt würden Preiserhöhungen dieses Ausmaßes für Milliarden Menschen unmittelbare Armut bedeuten – und für Millionen Menschen wären sie ein Todesurteil.

Vijay Jayaraj is a Research Associate at the CO2 Coalition, Arlington, Va., and holds a Master's degree in environmental sciences from the University of East Anglia, England. He resides in Bengaluru, India.

This commentary was first [published February 1, 2022 at The Washington Times](#)

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2022/02/05/how-climate-actions-actually-kill-people-not-save-them/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Die Gefahren, wenn man den Klimawandel-Konsens in Frage stellt

geschrieben von Chris Frey | 9. Februar 2022

[Anthony J. Sadar](#)

Eines der einfachsten Dinge, die man tun kann, *ist mitzumachen, um mitzukommen**. Das gilt für so viele Bereiche des Lebens, auch für die Kenntnis wissenschaftlicher Themen. Wenn man kein tiefgehendes Wissen über ein bestimmtes wissenschaftliches Gebiet hat, wird das „Einfachste“ ziemlich mühelos umgesetzt.

[*Schwer übersetzbares Wortspiel: *go along to get along* A. d. Übers.]

Verfügt man dagegen über fundierte Kenntnisse in einem bestimmten wissenschaftlichen Thema, kann es sehr viel schwieriger werden, vor allem wenn man die vorherrschende Meinung zu diesem Thema in Frage stellt.

In dieser Situation befinden wir uns heute nicht nur bei den Streitigkeiten über die Herkunft von COVID-19 und die Strategien zur Bekämpfung des Virus, sondern auch bei dem vor der Pandemie aktuellen

Thema Klimawandel.

Gegenwärtig wartet der Anstieg der Klimakrise auf den Abgang der böartigen Mikrobe in den Startlöchern. Wenn sich das Rampenlicht von der Virenhysterie abwendet, wird der Scheinwerfer wieder auf die Klimaangst und die damit verbundenen Taktiken wie kindische Beschimpfungen fallen.

Negative Bezeichnungen wie „Klimaleugner“ werden weiterhin gegen die Herausforderer des Konsens-Krisenstatus' des Klimawandels verwendet. Doch nur weil jemand den Status quo in Frage stellt, heißt das nicht, dass er Realitäten wie den Klimawandel leugnet. Dies ist ein Scheinargument.

In meiner 40-jährigen beruflichen Laufbahn, in der ich an zahlreichen Tagungen der *American Meteorological Society* und der *Air & Waste Management Association* teilgenommen habe, bin ich noch nie einem Atmosphärenwissenschaftler begegnet, der ernsthafte Vorbehalte gegenüber der Konsensmeinung zum Klimawandel hat und gleichzeitig ein Klimaleugner oder Klimawandel-Leugner ist. „Leugner“ ist ein jugendlicher, beleidigender und abwertender Jargon, der typischerweise von der politischen/ideologischen Linken verbreitet wird. Und schlimmer noch, „Leugner“ erinnert an „Holocaust-Leugner“. Der Begriff wird weiterhin verwendet, um diejenigen zu verunglimpfen, die die angeblich unanfechtbare Gewissheit der katastrophalen, vom Menschen verursachten globalen Erwärmung in Frage stellen.

Anerkannte Atmosphärenwissenschaftler, die es wagen, die „anerkannte Wissenschaft“ des Klimawandels in Frage zu stellen, wissen um die Realität einer solchen Unverschämtheit. Diese Unverfrorenheit hat Folgen. Realität beißt.

Kein Herausforderer möchte auf die schwarze Liste gesetzt oder von der Plattform genommen werden oder die Chance auf gute Fördergelder verlieren oder die Chance auf einen höheren Abschluss verpassen oder seine wissenschaftliche Karriere beenden. Diese schwerwiegenden Folgen sind die Realität in der heutigen Atmosphäre und müssen bei der Erforschung, Bewertung und Veröffentlichung von Fragen zum Klimawandel berücksichtigt werden. Diese Folgen bilden die scharfe Klinge des Damoklesschwertes, das über den Köpfen derjenigen schwebt, die einen anderen Horizont für die Menschen in Betracht ziehen, der durch eine Kombination aus fossilen Brennstoffen, Kernenergie und erneuerbaren Ressourcen gestützt wird.

Aus Sicht der Linken besteht der Weg, diejenigen zu besiegen, die eine andere Perspektive haben, darin, sie zu beschimpfen und auf eine schwarze Liste zu setzen. Der einzige Grund, warum diese Strategie erfolgreich ist, ist, dass die Herrschenden diese Negativität zulassen, damit ihre „Wahrheit“ um jeden Preis akzeptiert wird. Offensichtlich hängt das Schicksal der Zivilisation davon ab, ob man den Alarmisten

Glauben schenkt, die sich ein Bild von der Zukunft der Erdatmosphäre machen, die durch die Emissionen des modernen Lebens übermäßig belastet ist.

Sicherlich hat die menschliche Tätigkeit Auswirkungen auf die Umwelt, aber nicht alles ist schlecht. Und das meiste Schlechte kann durch vernünftiges Handeln gemildert werden – ein Handeln, das von unterschiedlichen Perspektiven geprägt sein kann.

This piece originally [appeared](#) at [AmericanThinker.com](#) and has been republished here with permission.

Link:

<https://cornwallalliance.org/2022/02/the-dangers-of-challenging-the-climate-change-consensus/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Die sich verändernde Politik der so genannten „grünen“ Energiewende

geschrieben von Chris Frey | 9. Februar 2022

[Francis Menton](#), [MANHATTAN CONTRARIAN](#)

Als ich 2012 mit diesem Blog begann, hatte ich mich bereits mit dem Thema „Klimawandel“ befasst. Und ich war bereits zu dem Schluss gekommen, dass nicht nur die Wissenschaft von der vom Menschen verursachten katastrophalen globalen Erwärmung Quatsch ist, sondern auch, dass die vorgeschlagene Lösung, Energie aus fossilen Brennstoffen durch Wind und Sonne zu ersetzen, niemals zu vernünftigen Kosten funktionieren kann. Mein erster [Beitrag](#) zu diesem Thema war am 4. Dezember 2012.

Aber damals gab es fast keine organisierte politische Opposition gegen das Programm zur „Rettung des Planeten“ durch die Umstellung auf „grüne“ Energie. Hier in den USA waren sich die Demokraten einig in ihren Plänen, fossile Brennstoffe zu ersetzen, und die Republikaner schlossen sich größtenteils an – einige mit Begeisterung, andere versuchten vielleicht, die Dinge ein wenig zu bremsen. Als ich mit dem Blog begann, hatte ich erst kürzlich an einer Benefizveranstaltung für den republikanischen Kandidaten Mitt Romney für die Präsidentschaftswahlen 2012 teilgenommen (ja, ich habe dem Mann Geld gegeben), bei der er in seiner Rede hauptsächlich darüber sprach, wie er die Umwelt durch die

Förderung grüner Energie verbessern würde. Und drüben in Europa war es noch verrückter, da praktisch keine der großen politischen Parteien in irgendeinem Land eine Position gegen die erzwungene Abschaffung fossiler Brennstoffe einnahm. Die so genannte Energiewende* in Deutschland wurde 2010 eingeleitet, ohne dass es nennenswerten politischen Widerstand gab.

*[*Dieser Terminus steht so kursiv gesetzt und in Anführungszeichen im Original. A. d. Übers.]*

Ich bin schon lange der Meinung, dass sich die politische Situation ändern würde, vielleicht sogar schlagartig, wenn die Kosten und die Undurchführbarkeit der intermittierenden Energiequellen immer offensichtlicher werden. In der Zwischenzeit sind die Demokraten nur noch eifriger und extremer in ihren Plänen geworden (jetzt bekannt als „Green New Deal“), mit lautstarker Unterstützung durch die Megaphone in den Medien und der Akademaille.

Doch inzwischen, nach langem Warten, sprudeln die Kosten an die Oberfläche, und die Opposition wächst schnell und steuert auf eine kritische Masse zu. Heute: einige Entwicklungen im Vereinigten Königreich und in den USA.

UK

Die Schlagzeile der heutigen [Times of London](#) lautet: „Britten stehen vor größtem Rückgang des Lebensstandards“. Wir lesen:

In einer düsteren Einschätzung des vor uns liegenden Jahres warnte die Bank of England die Menschen davor, dass das Nettoeinkommen um das Fünffache des Betrages sinken wird, der während der Finanzkrise 2008 gezahlt wurde. Es wird der schlimmste Einbruch der Realeinkommen seit Beginn vergleichbarer Aufzeichnungen im Jahr 1990 sein.

Hier ist die Titelseite mit dem Bild des Finanzministers Rishi Sunak, der sehr besorgt aussieht:

Britons facing biggest drop in living standards

● Energy bills rising by £700 ● Bank increases interest rates ● Adjust to higher prices, says chancellor

Steven Swinford Political Editor
Emily Gosden Energy Editor

Households will experience the biggest fall in their living standards since records began as they face soaring inflation, tax increases and rising energy bills.

In a bleak assessment of the year ahead, the Bank of England warned people that take-home pay would fall by five times the amount it did during the financial crisis of 2008. It will be the worst hit to real incomes since comparable records began in 1990.

Ofgem, the energy regulator, announced yesterday that the price cap on energy bills for 22 million households would rise by £693 from April to £1,971 a year. A total of 4.5 million households with prepayment meters will see their bills rise by £708 to £2,017.

The chancellor responded with a £9 billion package of loans and council tax rebates to take the "sting" out of the price increase but admitted that bills would rise by £350 for most households this April. He said that Britain would have to get used to higher energy prices in the long term.

The Bank of England confirmed that interest rates would rise from 0.25 per cent to 0.5 per cent, which will lead to higher mortgage rates. Some on the monetary policy committee, the body that sets interest rates, pushed for an



wholesale gas prices, adding that to do so would be "dishonest". He instead announced plans intended to cushion most households from half of the rise in energy bills. Every household will receive a £200 rebate funded by £5.5 billion in government loans, which will be clawed back in the form of a £40 surcharge for each of the next five years.

He also announced a £150 council tax rebate for houses in bands A to D, funded by £3.5 billion worth of government grants to councils. He said that the two measures will benefit a combined total of 28 million households.

Sunak said that a further £150 million fund had been created for councils to use on a "discretionary" basis to help those on lower incomes who live in higher-value properties.

In other developments:

● The Resolution Foundation think tank said that even with state support the number of people living in fuel poverty would double to five million.

● The Bank of England governor urged workers not to ask for pay rises in an attempt to keep a lid on inflation, which is predicted to hit 7.25 per cent in April.

● Shell reported a quadrupling of annual profits to £14 billion as ministers ruled out Labour's plans for a windfall tax on the industry.

● Homeowners in London who have benefited most from rising house

Und was ist die Hauptursache für den Rückgang des Lebensstandards? Steigende Energiekosten. Die Regierung hatte versucht, die Kosten für die Verdrängung fossiler Brennstoffe zu verschleiern, indem sie Preisobergrenzen für die Energierechnungen der Haushalte vorschrieb, was jedoch nur dazu führte, dass Dutzende von lokalen Versorgern ihr Geschäft aufgeben mussten. Jetzt sind die Behörden nicht mehr in der Lage, die Preisobergrenzen einzuhalten:

Die Energie-Regulierungsbehörde Ofgem gab gestern bekannt, dass die Preisobergrenze für Energierechnungen für 22 Millionen Haushalte ab April um 54 Prozent steigen wird. Für die meisten Haushalte wird die Erhöhung 693 Pfund auf 1.971 Pfund pro Jahr betragen, während die Kosten für 4,5 Millionen Haushalte mit Vorauszahlungszählern im Durchschnitt um 708 Pfund auf 2017 Pfund steigen werden.

Die konservativen Zeitungen, insbesondere der Daily Telegraph und die Daily Mail, haben begriffen, dass die steigenden Energiepreise eine selbstverschuldete Folge der gescheiterten Regierungspolitik zur Förderung fossiler Brennstoffe sind. Auszüge aus einem Leitartikel in der [Daily Mail](#) von heute:

Mehrere aufeinanderfolgende Regierungen haben die Warnungen ignoriert, dass es unsinnig ist, keine langfristige Strategie zur Sicherung der

Energieversorgung zu haben. Jetzt sind die Hühner nach Hause gekommen, um zu brüten. Wie unnötig das ist. Denn Großbritannien sitzt auf einer Energie-Goldmine. Wir haben riesige unerschlossene Öl-, Gas- und Schieferreserven. Und wir hatten die Chance, die Kernkraft auszubauen. Doch hypnotisiert von der apokalyptischen Panikmache der Ökoaktivisten haben unsere Politiker eine aggressive grüne Agenda verfolgt und diese reichhaltigen Energiequellen gemieden. Das bedeutet, dass wir auf unzuverlässige erneuerbare Energien angewiesen sind und teure Energie importieren müssen, damit das Licht nicht ausgeht.

Und aus dem [Daily Telegraph](#), ebenfalls von heute:

Die große politische Frage ist, ob das Land bereit ist, für Netto-Nullenergie zu zahlen, jetzt, da die Menschen die Auswirkungen einer Politik erkennen, die nichts zur Bekämpfung des globalen Klimawandels beitragen wird, solange die größten CO₂-Produzenten der Welt sich weigern, ihre eigenen Verhaltensweisen zu ändern.

Natürlich wird die irrsinnige Energiepolitik, zumindest im Moment, den Menschen von der Konservativen Partei unter der Führung von Premierminister Boris Johnson aufgezwungen. Aber inzwischen haben viele der Tory-Abgeordneten auf den Hinterbänken das begriffen, und die Forderungen, den Wahnsinn zu stoppen, sind sogar schon bis auf die Kabinettsebene durchgesickert. Aus einem anderen Artikel in der heutigen Ausgabe des [Daily Telegraph](#):

Eine Reihe von Ministern hat sich besorgt darüber geäußert, dass die geplante Umstellung auf erneuerbare Energien zu schnell erfolgt und die Kosten für die Verbraucher in die Höhe treibt. Sie sind der Meinung, dass Großbritannien kurzfristig mehr eigenes Gas verwenden sollte. . . . Die Kabinettsminister sind zunehmend beunruhigt darüber, dass Downing Street sich auf das Netto-Null-Ziel konzentriert, und haben davor gewarnt, dass der Krise der Lebenshaltungskosten in den kommenden Jahren mehr Priorität eingeräumt werden sollte.

OK, ich habe ein paar Neuigkeiten für diese Kabinettsminister: Die so genannte „grüne“ Energie wird nicht billiger, erschwinglicher oder nützlicher, wenn man den Übergang nur verlangsamt. Die Probleme der Unterbrechungen und der Notwendigkeit einer vollständigen Absicherung und/oder Speicherung sind unlösbar und werden nicht verschwinden. Aber zumindest die Bemühungen um eine Verlangsamung der Entwicklung sind ein Anfang. Der nächste Schritt ist die Ablösung von Johnson. Da alle anderen großen britischen Parteien auf „grüne“ Energie setzen, besteht der einzige Weg zur Rettung des Landes in einer Tory-Partei, die von jemand anderem als Johnson geführt wird und dem „grünen“ Energiewahn ein Ende setzt.

USA

In einem [Beitrag](#) von letzter Woche habe ich darüber berichtet, wie der irrsinnige Drang nach „grüner“ Energie sogar die großen

Vermögensverwalter in den USA befallen hat, angeführt von Larry Fink von Black Rock, die ihr Stimmrecht nutzen, um zu versuchen, große börsennotierte Unternehmen zu zwingen, „Netto-Null“-Versprechen abzugeben. Jahrelang ging dieser Trend ohne nennenswerte Gegenwehr vonstatten. Doch heute berichtet ein [Beitrag](#) von Andy Puzder und Stephen Soukup bei RealClearPolitics, dass „Larry Fink’s Crusade Runs Into Resistance“ [etwa: Larry Finks Kreuzzug stößt auf Widerstand]. (Sie erinnern sich vielleicht an Puzder als Trumps ersten Kandidaten für das Amt des Arbeitsministers, der vom Senat nicht bestätigt wurde). Auszug:

Bis zum Jahresende hatte der Widerstand gegen ESG und „woke capital“ an Umfang und Vielfalt zugenommen. Von [Aktionärsaktivisten](#) bis hin zu [US-Senatoren](#), [Finanzministern](#), [Gesetzgebern](#) und [Gouverneuren](#) sowie dem ehemaligen [Direktor](#) für „nachhaltiges Investieren“ bei BlackRock selbst – sie alle haben verschiedene Formen des Widerstands gegen die neu erwachten Herren des Finanzuniversums entworfen.

An der Spitze stehen gewählte Beamte in republikanisch geführten Bundesstaaten, allen voran Texas, West Virginia und Florida:

Vor allem die staatlichen Behörden haben begonnen, sich zu wehren. ... Texas hat ein [Gesetz](#) erlassen, das es Unternehmen, die sich an politischen Ränkespielen gegen Öl-, Gas- oder Waffenunternehmen beteiligen verbietet, Geschäfte mit dem Staat zu machen. Der stellvertretende Gouverneur Dan Patrick hat den Rechnungsprüfer des Staates [aufgefordert](#), BlackRock auf diese Liste der verbotenen Unternehmen zu setzen. Der Schatzmeister von West Virginia Riley Moore [kündigte](#) an, dass das Board of Treasury Investments, das die Betriebsmittel des Staates in Höhe von rund 8 Milliarden Dollar verwaltet, keine Geschäfte mehr mit BlackRock machen wird, weil das Unternehmen „Netto-Null-Investitionsstrategien“ verfolgt, die dem Energiesektor schaden, „während es gleichzeitig die Investitionen in chinesische Unternehmen erhöht.“ Im Kampf gegen die Ideologie wacher Unternehmen [stimmten](#) Floridas Gouverneur Ron DeSantis und die Treuhänder des State Board of Administration dafür, „die Erwartung des Staates klarzustellen, dass alle Fondsmanager ausschließlich im finanziellen Interesse der Fonds des Staates handeln sollten“ und widerriefen „alle Stimmrechtsvollmachten externer Fondsmanager“, einschließlich BlackRock.

Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass inzwischen fast die gesamte republikanische Partei im Kongress und in den Landesregierungen dem Betrug mit der „grünen“ Energie auf die Schliche gekommen ist. Ich sage „fast“, weil ich sicher bin, dass es einige wenige gibt – wie Romney – die das nicht getan haben. Aber anders als vor zehn Jahren ist es für die Linke nicht mehr so einfach, potenzielle Gegner mit dem Vorwurf zum Schweigen zu bringen, dass fossile Brennstoffe „schmutzig“ sind oder dass jeder, der das gängige Klimadogma in Frage stellt, ein „Leugner“ ist.

Der ganze Beitrag steht [hier](#).

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2022/02/05/the-shifting-politics-of-the-so-called-green-energy-transition/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE